



Beate Müller-Gemmeke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Bündnis 90/Die Grünen
zuständig für Arbeitnehmer:innenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

Berlin

Platz der Republik 1 - 11011 Berlin
Tel: (030) 227 73041, Fax: (030) 227 76041
beate.mueller-gemmeke@bundestag.de

Wahlkreis

Gartenstraße 18 - 72764 Reutlingen
Tel: (07121) 9092411, Fax: (07121) 9943186
beate.mueller-gemmeke.wk01@bundestag.de

Berlin, 2. Dezember 2025

3 Jahre Regierungsfraktion: eine Bilanz mit persönlichen Schwerpunkten

Die Ampel-Koalition trat mit dem ambitionierten Ziel an, „mehr Fortschritt zu wagen“. Die Koalitionsvereinbarung enthielt viele wichtige Vorhaben, doch die öffentliche Wahrnehmung ist oft kritisch. Viele Bürger:innen sehen die Regierung als zerstritten und dem eigenen Anspruch nicht gerecht geworden. Doch ein Blick auf die Fakten zeigt, wie viel die Ampel in einer schwierigen Zeit tatsächlich erreicht hat.

Energiekrise: Von der Abhängigkeit zur Stabilität

Im Frühsommer 2022 war Deutschland in einer kritischen Lage. 50 % unseres Öls und 55 % des Erdgases kamen aus Russland. Zudem hatte die Große Koalition zugelassen, dass deutsche Gasspeicher an Gazprom verkauft wurden. Anfang 2022 war der größte deutsche Gasspeicher nur noch zu 5 % gefüllt – kurz vor Putins Angriff auf die Ukraine. Als Russland den Gashahn zudrehte, explodierten die Gaspreise – sie ver-25-fachten sich. Ökonomen warnten vor einer schweren Wirtschaftskrise, kalten Wohnungen und geschlossenen Betrieben. Doch all das trat nicht ein.

Schnelles Handeln der Regierung

Die Ampel brachte 2022 drei Entlastungspakete mit einem Volumen von 94 Milliarden Euro auf den Weg. Obwohl wir uns dafür einsetzten, lag der Fokus nicht immer ausreichend auf den unteren und mittleren Einkommensgruppen – dafür sorgte die FDP –, doch entscheidend ist: Wohnungen blieben warm, kein Betrieb musste wegen Energiemangels schließen.

Trotz weiterhin hoher Gaspreise konnte das Schlimmste verhindert werden. Heute liegen die Strompreise wieder auf dem Niveau von 2019. Diese Stabilisierung war eine starke Leistung der Koalition in einer außergewöhnlichen Krise.

Entlastungsmaßnahmen: Konkrete Hilfe für die Menschen

Die Regierung setzte zahlreiche Maßnahmen um, um die Belastungen durch steigende Energie- und Lebenshaltungskosten abzufedern. Dabei wurden kurzfristige Hilfen mit strukturellen Maßnahmen kombiniert.

Im Bereich Energie:

- 9-Euro-Ticket
- Abschaffung der EEG-Umlage (ab 1. Juli 2022)
- Heizkostenzuschüsse (415 € für Singles, 540 € für 2 Personen)
- Energiepreispauschale (300 €)
- Absenkung der Energiesteuer auf Kraftstoffe (Juni–August)
- Strom- und Gaspreisbremsen und Senkung der Mehrwertsteuer auf Gas (7 % bis April 2024)

Für Familien mit Kindern:

- Kinderbonus (100 €) und Kindersofortzuschlag (20 € monatlich bis zur Einführung der Kindergrundsicherung)

Einmalzahlungen:

- 200 € für Transferleistungsbeziehende und Studierende
- 300 € für Rentner:innen

Weitere Maßnahmen:

- Verlängerung des Kurzarbeitergeldes
- Home-Office-Pauschale entfristet (1.000 €) und Arbeitnehmerpauschbetrag auf 1.200 € erhöht
- Erhöhung des Grundfreibetrags in der Einkommensteuer (10.632 € in 2023, 10.932 € in 2024)
- Rentenbeiträge ab 2023 voll absetzbar (Vermeidung der Doppelbesteuerung)

Fazit:

Die Ampel-Koalition hat in einer der größten Krisen der jüngeren Geschichte schnell und effektiv gehandelt. Ihre Maßnahmen sicherten die Versorgung, stabilisierten die Wirtschaft und entlasteten Millionen Menschen in einer schwierigen Zeit.

Fortschritte im Bereich und Soziales

Die Ampel-Koalition hat in den Bereichen Arbeit, Soziales und Familie zahlreiche Verbesserungen und Veränderungen auf den Weg gebracht. Hier die wichtigsten Erfolge:

Mindestlohn, Jobs und Renten:

Der gesetzliche Mindestlohn wurde auf 12 Euro angehoben – ein wichtiger Schritt für Millionen Beschäftigte, auch wenn die weitere Erhöhung durch die Mindestlohnkommission noch zu gering ausfiel. Zudem wurde die Midi-Job-Grenze auf 2.000 Euro angehoben, um den Einstieg in sozialversicherungspflichtige Arbeit zu erleichtern. Ein weiteres soziales Highlight war die Anhebung der Erwerbsunfähigkeitsrenten im Bestand, wodurch langjährige Ungerechtigkeiten abgebaut wurden.

Bildung und Qualifizierung:

Junge Menschen profitieren von der neuen **Ausbildungsgarantie**, die rechtlich verankert wurde. Die Weiterbildungsförderung wurde vereinfacht. Mit dem **Qualifizierungsgeld** wurde ein innovatives Instrument eingeführt: Beschäftigte können während des Strukturwandels im Betrieb bleiben, erhalten Kurzarbeitergeld und werden passend weiterqualifiziert. Das stärkt ihre Zukunftsperspektiven und sichert Unternehmen die Fachkräfte von morgen.

Schutzstandards und Arbeitsbedingungen:

International hat die Regierung wichtige Schritte unternommen:

- **ILO-Übereinkommen Nr. 190** gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt wurde ratifiziert und ebenso das
- **ILO-Übereinkommen Nr. 184** zum Arbeitsschutz in der Landwirtschaft bringt internationale Standards in die deutschen Agrarsektoren.

Auch auf europäischer Ebene gab es Fortschritte:

- Die **EU-Entsenderichtlinie** für LKW-Fahrer:innen wurde umgesetzt, um die Bedingungen in der Branche zu verbessern.
- Das **Nachweisgesetz** stellt sicher, dass Beschäftigte umfassend über ihre wesentlichen Arbeitsbedingungen informiert werden.

Verbesserungen in der Post- und Paketzustellung:

Mit der Reform des Postgesetzes wurde die Refinanzierung des Universaldienstes gesichert. Gleichzeitig gab es deutliche Fortschritte beim Arbeits- und Gesundheitsschutz in der Paketzustellung – ein Bereich, der lange vernachlässigt wurde.

Einführung des Bürgergelds: Mehr Würde und Perspektiven im Sozialstaat

Das Bürgergeld ist eines der zentralen Projekte der Ampel. Die Regelsätze wurden deutlich angehoben und durch einen verbesserten Inflationsausgleich ergänzt. Wichtige strukturelle Änderungen wurden umgesetzt:

- Abschaffung des **Vermittlungsvorrangs** im SGB II, um Weiterbildung und Qualifizierung zu stärken
- Einführung eines **Kooperationsplans** zwischen Jobcentern und Bürgergeld-Beziehenden, der Zusammenarbeit auf Augenhöhe fördert

Diese Maßnahmen zeigen, dass soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Stabilität im Mittelpunkt der Regierungsarbeit standen. Dennoch bleibt Luft nach oben – insbesondere bei der weiteren Stärkung der Arbeitnehmerrechte und der Tarifbindung.

Kinder, Familien, Frauen und Studierende: Verbesserungen für eine gerechtere Gesellschaft

Kindergeld und Startchancen:

2023 wurde das Kindergeld auf einheitlich **250 Euro pro Monat und Kind** erhöht – eine spürbare Entlastung angesichts steigender Lebenshaltungskosten. Eine weitere Erhöhung um 5 Euro ab 2025 war geplant, ebenso wie eine Anpassung des Kinderfreibetrags. Diese Verbesserungen werden aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl jedoch wohl nicht mehr umgesetzt.

Ein bedeutender Fortschritt ist das **Startchancen-Programm**, das über zehn Jahre **20 Milliarden Euro** in Schulen benachteiligter Quartiere investiert. Es unterstützt gezielt Bildungseinrichtungen, die besondere Herausforderungen bewältigen müssen, und schafft bessere Perspektiven für Kinder und Jugendliche.

Wohngeld-Plus: Die größte Reform seit Bestehen

Mit dem Wohngeld-Plus-Gesetz wurde 2023 die bisher umfassendste Reform des Wohngelds umgesetzt. Die Zahl der Berechtigten wurde deutlich ausgeweitet: Rund **2 Millionen Haushalte** mit etwa **4,5 Millionen Menschen** können nun Unterstützung beantragen.

- Das durchschnittliche Wohngeld stieg um **190 Euro** auf **370 Euro pro Monat** – eine Verdopplung im Vergleich zu vorherigen Leistungen.
- Neu eingeführt wurden eine **Heizkostenkomponente**, die sich an der Haushaltsgröße orientiert, und eine **Klimakomponente**, die Belastungen durch energetische Sanierungen abfedert.

- Das Wohngeld wird künftig alle zwei Jahre dynamisch an Preis- und Mietsteigerungen angepasst.

BAföG-Reform: Mehr Unterstützung für Studierende und Schüler:innen

Die im Juni 2024 beschlossene Reform brachte spürbare Verbesserungen für junge Menschen:

- Der **BAföG-Höchstsatz** stieg von 812 auf **855 Euro**.
- Einkommensfreibeträge wurden um **5,25 %** erhöht, damit Eltern und Studierende mehr verdienen können, ohne den Anspruch zu verlieren.
- Studienanfänger:innen aus einkommensschwachen Familien können ein **Einstiegs-BAföG** von 1.000 Euro beantragen – ein einmaliger Zuschuss, der nicht zurückgezahlt werden muss.

Auch Schüler:innen profitieren von höheren BAföG-Sätzen ab August 2024. Diese Maßnahmen stärken die soziale Gerechtigkeit im Bildungssystem.

Frauenrechte und Schutz vor Gewalt:

Die Streichung von **§ 219a StGB**, der Informationen über Abtreibungsmöglichkeiten unter Strafe stellte, war ein Meilenstein für die Selbstbestimmung von Frauen und Ärzt:innen. Mit dem **Gesetz gegen Gehsteigbelästigungen** wurde ein wichtiger Schutz eingeführt, um Schwangere und medizinisches Personal vor Anfeindungen durch Abtreibungsgegner:innen zu bewahren.

Das **Gewalthilfegesetz**, das Frauen vor häuslicher Gewalt schützen soll, wurde jetzt noch mit den Stimmen von Grün und Rot im Kabinett beschlossen. Es wird aber voraussichtlich aufgrund der aktuellen politischen Lage nicht mehr verabschiedet werden. Eine Mehrheit im Bundestag fehlt – dennoch bleibt der Schutz von Frauen ein zentrales Anliegen.

Gesundheit: Eine zukunftsfähige Krankenhausversorgung schaffen

Mit der beschlossenen **Krankenhausreform** setzt die Ampelregierung wichtige Impulse für eine bessere Steuerung und Finanzierung von Krankenhausleistungen. Ziel ist es, die Qualität der Versorgung zu sichern und den ökonomischen Druck auf Krankenhäuser zu verringern.

- **Qualitätsorientierte Versorgung:**
Krankenhausleistungen werden künftig in **Leistungsgruppen** gebündelt, die an klare Qualitätskriterien gekoppelt sind – beispielsweise an Anforderungen zur Mindestbesetzung des Personals. Diese Standards sollen eine hochwertige und bedarfsgerechte Versorgung sicherstellen.
- **Neue Finanzierung: Mehr Sicherheit für Krankenhäuser:**
Ein zentraler Punkt der Reform ist die Abkehr von der reinen Finanzierung über Fallpauschalen. Stattdessen werden Krankenhäuser zukünftig zu **60 % über Vorhaltepauschalen** finanziert. Diese garantieren eine Grundfinanzierung dafür, dass Personal und Sachmittel bereitgestellt werden, um bestimmte Leistungen dauerhaft anzubieten – unabhängig von der Zahl der Fälle. Diese Struktur ähnelt der Finanzierung der Berufsfeuerwehr: Nicht die Einsätze werden primär bezahlt, sondern die ständige Einsatzbereitschaft.

Sektorübergreifende Versorgungszentren:

Die Debatte ist zwar nicht neu und doch wird es jetzt erstmals **sektorübergreifende Versorgungszentren** geben, insbesondere im ländlichen Raum. Diese Einrichtungen ermöglichen eine integrierte Versorgung,

bei der **ambulante und stationäre Leistungen** zusammengeführt werden. Damit wird eine jahrzehntelange Forderung von Gesundheitsexperten umgesetzt, die die strikte Trennung zwischen ambulantem und stationärem Bereich überwinden wollten. Diese Reform ist ein bedeutender Schritt, um die Krankenhauslandschaft zukunftsfähig zu machen und die Versorgung der Menschen in Deutschland – auch in strukturschwachen Regionen – nachhaltig zu sichern.

Zuwanderung, Flucht und Asyl: Mehr Chancen und Perspektiven schaffen

Die Ampelregierung hat in der Migrationspolitik wichtige Reformen auf den Weg gebracht, um Zuwanderung zu erleichtern und Integration zu fördern.

Fachkräfteeinwanderung: Ein einfacher Weg nach Deutschland

Mit dem neuen **Fachkräfteeinwanderungsgesetz** können Fachkräfte mit einem anerkannten Abschluss oder mindestens zwei Jahren Berufserfahrung leichter nach Deutschland kommen – auch ohne vorherige Anerkennung ihres Abschlusses. Seit 2024 gibt es zudem eine **Chancenkarte**, die auf einem Punktesystem basiert. Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnisse und Berufserfahrung eröffnen vielen Menschen neue Möglichkeiten, in Deutschland Fuß zu fassen.

Staatsangehörigkeitsrecht: Mehr Rechte und Anerkennung

Die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts war ein weiterer wichtiger Schritt:

- Die **doppelte Staatsbürgerschaft** ist nun grundsätzlich erlaubt, insbesondere für Menschen aus Nicht-EU-Ländern wie der Türkei, die zuvor gezwungen waren, ihre alte Staatsbürgerschaft aufzugeben.
- Die Frist für die **Einbürgerung** wurde von acht auf fünf Jahre gesenkt. Bei besonderen Integrationsleistungen, etwa guten Sprachkenntnissen oder ehrenamtlichem Engagement, ist eine Einbürgerung bereits nach drei Jahren möglich.
- Kinder ausländischer Eltern, die in Deutschland geboren werden, erhalten automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft, wenn ihre Eltern seit mind. fünf Jahren rechtmäßig hier leben.

Chancen-Aufenthaltsrecht: Perspektiven für Geduldete

Mit dem **Chancen-Aufenthaltsrecht** wurden erstmals konkrete Verbesserungen für Menschen mit Duldung geschaffen. Wer seit mindestens fünf Jahren geduldet in Deutschland lebt, erhält eine Aufenthaltserlaubnis für **18 Monate**. In dieser Zeit können die Betroffenen die Voraussetzungen für ein dauerhaftes Bleiberecht erfüllen.

Ein weiterer Fortschritt ist die Möglichkeit eines **Spurwechsels**: Menschen, die vor dem 29. März 2023 nach Deutschland eingereist sind, können nun unter bestimmten Bedingungen vom Asyl- ins Aufenthaltsrecht wechseln.

Diese Reformen zeigen, wie wichtig es ist, Zuwanderung aktiv zu gestalten, Chancen zu eröffnen und Integrationsprozesse zu erleichtern. Sie stärken nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Energie, Ökologie und Landwirtschaft

Die Ampelregierung hat in den Bereichen Energie, Ökologie und Landwirtschaft Fortschritte erzielt, um Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung zu fördern.

Fortschritte in der Energiepolitik

Die Ampelregierung hat den Kohleausstieg im Westen von 2038 auf 2030 vorgezogen und den Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigt. Im Jahr 2023 stammten über 60 % des Stroms aus erneuerbaren Quellen. Wichtige Maßnahmen umfassen:

Entbürokratisierung von Photovoltaikanlagen: Der Betrieb von Anlagen bis 30 kW wurde vereinfacht, was einen Boom bei Balkonkraftwerken auslöste.

Das **Gebäudeenergiegesetz** ermöglicht eine gerechte Wärmewende. Heizungen müssen nicht zwangsläufig ausgetauscht werden, sondern können repariert werden. Für den Austausch gibt es Förderungen von **bis zu 70 %**, je nach Einkommen und Zeitpunkt. Zudem ist eine **kommunale Wärmenetzplanung** Voraussetzung für den Heizungswechsel.

Die Entwicklung einer nationalen **Wasserstoffstrategie** zur Förderung grüner Wasserstoffproduktion.

Verkehrswende mit dem Deutschlandticket:

Das **Deutschlandticket** wurde eingeführt – ein monatliches Nahverkehrsticket für **49 Euro**, das die Nutzung regionaler Verkehrsmittel in ganz Deutschland ermöglicht. Es ist ein großer Schritt, um den **öffentlichen Nahverkehr** attraktiver und zugänglicher zu machen.

Die Bundesregierung fördert Projekte zur Entwicklung und Erprobung neuer Technologien im **Bereich Elektromobilität**. Dies schließt innovative Ladeinfrastruktur und smarte Ladesysteme ein, um den Ausbau der E-Mobilität zu unterstützen.

Es werden Mittel bereitgestellt, um **Forschung und Entwicklung** im Bereich der Batterietechnologie und nachhaltigen Mobilität voranzutreiben. Dies umfasst sowohl staatliche Förderprogramme als auch Kooperationen mit der Industrie.

Mit der Novelle des Straßenverkehrsgesetzes erhielten Kommunen mehr Spielräume, etwa für die Einführung von **Tempo-30-Zonen** oder autofreien bzw. -reduzierten Bereichen.

Unterstützung der Landwirtschaft:

Mit dem **Agrarpaket** wurde die Landwirtschaft entlastet und zukunftsfähiger gestaltet:

- **Gewinnglättung** wurde wieder eingeführt, um Einkommensschwankungen auszugleichen.
- Landwirte wurden in der Wertschöpfungskette gestärkt, indem **unlautere Geschäftspraktiken** im Handel – wie lange Zahlungsziele für verderbliche Waren – unterbunden wurden.
- Bürokratische Hürden wurden überprüft und vereinfacht, um Landwirten mehr Flexibilität zu geben.

Fazit:

Die Maßnahmen der Ampelregierung zeigen: Klimaschutz, erneuerbare Energien und nachhaltige Landwirtschaft stehen im Fokus. Gleichzeitig wurden pragmatische Lösungen geschaffen, um soziale und wirtschaftliche Aspekte zu berücksichtigen. Das ist Klimaschutz mit sozialem Kompass.

Unterstützung der Ukraine: Solidarität und Verantwortung

Die Ampelregierung hat eine aktive Rolle in der Unterstützung der Ukraine eingenommen und sich klar gegen die Aggression Russlands positioniert und umfassende Hilfe geleistet. Deutschland zählt zu den

größten Unterstützern der Ukraine, sowohl auf militärischer als auch humanitärer Ebene. Insgesamt wurden Hilfen im Wert von rund **30 Milliarden Euro** bereitgestellt.

Militärische Hilfe: Deutschland hat Waffen und militärische Ausrüstung an die Ukraine geliefert, um deren Verteidigungsfähigkeiten zu stärken. Darüber hinaus gab es umfangreiche Ausbildungsprogramme für ukrainische Soldaten.

Humanitäre Hilfe und Schutz für Geflüchtete:

Neben militärischer Unterstützung wurde ein bedeutender Teil der Mittel für **humanitäre Hilfe** eingesetzt – sei es durch die Bereitstellung von Unterkünften, medizinische Versorgung oder den Schutz der Zivilbevölkerung vor Ort. Gleichzeitig hat Deutschland 1,2 Mio. Geflüchteten aus der Ukraine Schutz und Perspektiven geboten.

Internationale Zusammenarbeit:

Deutschland hat sich in der EU und bei internationalen Organisationen stark dafür eingesetzt, Sanktionen gegen Russland zu verschärfen und die Ukraine diplomatisch zu unterstützen. Auch die wirtschaftliche Stabilität der Ukraine wurde durch Kredite und Wiederaufbauhilfen gefördert.

Bilanz und Ausblick: Noch viel zu tun für eine gerechtere Zukunft

Die Ampelregierung war eine **Regierung der Kompromisse**. Und doch hat sie in einer Zeit großer Krisen mutige Entscheidungen getroffen. Dennoch bleibt die öffentliche Wahrnehmung oft von parteitaktischen Streitigkeiten geprägt, was die tatsächlichen Errungenschaften in den Hintergrund rücken lässt. Wichtig ist, zu betonen, dass eine Drei-Parteien-Koalition immer Kompromisse erfordert – besonders mit einer FDP, die wirtschafts- und finanzpolitisch rechts von der CDU steht. Die Bilanz der Ampel zeigt jedoch: In einer schwierigen Zeit hat die Regierung Verantwortung übernommen und international Solidarität bewiesen. Das ist ein Erfolg, der mehr Anerkennung verdient.

Trotz einer insgesamt guten Bilanz der Ampelregierung bleiben wichtige Vorhaben unerfüllt – hier nur ein paar wichtige Vorhaben aus dem Bereich Arbeit und Soziales:

- **Rentenstabilisierung:** Ein zentrales Ziel war es, das Rentenniveau dauerhaft auf 48 % zu sichern und Altersarmut zu verhindern.
- **Tarifbindung und Mitbestimmung:** Ein **Bundestariftreugesetz** zur Stärkung der Tarifbindung sowie Reformen der betrieblichen und unternehmerischen Mitbestimmung wurden nicht umgesetzt.
- **Kindergrundsicherung:** Die dringend notwendige Maßnahme zur Bekämpfung von Kinderarmut blieb in der politischen Blockade stecken.
- **Arbeitsförderung:** Ein Ergänzungsgesetz zum Bürgergeld, um Arbeitsförderung und Weiterbildung weiter zu verbessern, konnte nicht realisiert werden.
- **Arbeitszeit:** Geplante Regelungen zur **Arbeitszeitdokumentation**, zum mobilen Arbeiten wurden dauerhaft blockiert.
- **Transparenz:** Die so wichtige Umsetzung der **Entgelttransparenzrichtlinie** wird es nicht mehr geben.

Grüne Perspektiven bleiben klar:

Diese unerfüllten Punkte stehen weiterhin fest auf der grünen Agenda. Sie werden in zukünftigen

Wahlprogrammen aufgegriffen und in den politischen Diskurs eingebracht. Insbesondere die Verbindung von ökologischem Umbau und sozialer Gerechtigkeit bleibt ein zentrales Anliegen.

Klimaneutrale Industrie und soziale Sicherheit:

Der Weg zur Klimaneutralität ist eine Grundvoraussetzung für den Erhalt unseres Wohlstands. Die Umstellung der Industrie muss mit sozialer Sicherheit einhergehen, damit kein Mensch im Strukturwandel zurückgelassen wird.

Investitionen in die Zukunft:

Unsere Infrastruktur kann nur zukunftsfähig gestaltet werden, wenn die **Schuldenbremse** reformiert wird. Ein großer Schritt wäre die Einführung eines **Deutschlandfonds** für Bund, Länder und Kommunen, um dringend notwendige Investitionen zu ermöglichen – ein Vorschlag, der von der grünen Bundestagsfraktion bereits eingebracht wurde.